

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz





Ulrike Höfken, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Foto © Deutscher Bundestag/ Renate Blanke

»Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist ein breites Politikfeld, das viele Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger berührt. Insbesondere nach den Lebensmittelskandalen müssen wir den Schutz der Verbraucher verbessern. Wir wollen ihr Ernährungsbewusstsein und ihre Rolle als mündige Konsumenten stärken und eine bessere Versorgung von Kindern und Jugendlichen sichern. Energiepreise, Spams, Fahrgastrechte, unsicheres Spielzeug sind einige unserer Themen. Wir wollen die Entwicklung der Landwirtschaft und die Zukunft des ländlichen Raumes im Interesse von Mensch, Tier, Umwelt und Wirtschaft voranbringen.«

Vielfältiges Aufgabenspektrum

Im Deutschen Bundestag gehört der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit seinen insgesamt 31 Mitgliedern und ihren Stellvertretern zu den großen Ausschüssen. Das kommt nicht von ungefähr, sondern entspricht der Bedeutung des Aufgabenspektrums, das der ehemalige Agrarausschuss inzwischen zu bearbeiten hat. Zum Politikfeld Verbraucherschutz gehört eine gesunde Ernährung ebenso wie die nicht unumstrittene Grüne Bio- und Gentechnik sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt. Fragen der Lebensmittelsicherheit sind eng verknüpft mit dem Veterinärwesen, der Tierernährung und dem Tierschutz. Weiter auf der Aufgabenliste des Ausschusses: die Agrarmärkte mit all ihren Facetten, der ländliche Raum, die pflanzliche Erzeugung, die nachwachsenden Rohstoffe, die Forst- und Holzwirtschaft sowie europäische und internationale Fragen beispielsweise der Fischerei und der Meeresumwelt. Dabei steht der Ausschuss oft im Rampenlicht der Politik, muss unter Zeitdruck etwa über Lebensmittelskandale und Tierseuchen beraten.

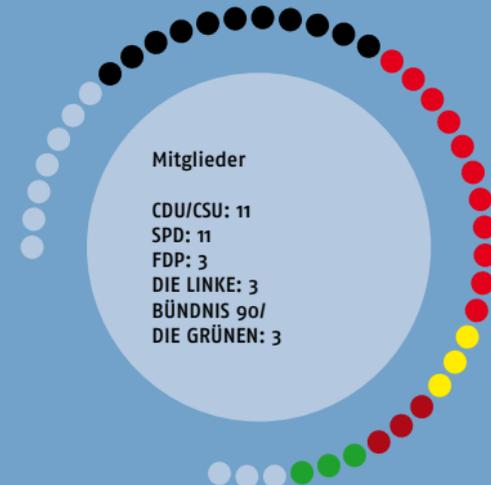
Karriere eines Politikfeldes

Verbraucherschutz ist eine politische Querschnittsaufgabe, die in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Das hängt auch mit dem stärkeren Verbraucher- und Umweltbewusstsein der Bevölkerung zusammen. Bürgerinnen und Bürger erwarten heute von ihren Volksvertretern eine vorsorgende Politik zum Schutz vor gesundheitsschädlichen Produkten, vor allem wenn es um Nahrungsmittel geht. Sie wollen über die Qualität von Produkten und Dienstleistungen sowie über ihre Rechte als Verbraucher informiert werden. Eng verknüpft mit der Verbraucherpolitik ist die Bedeutung einer sicheren Ernährung und einer zukunftsfähigen Entwicklung der Landwirtschaft sowie der ländlichen Räume, die wichtige Aufgaben für die Produktion von Nahrungsmitteln und nachhaltigen Bioenergieträgern erfüllen. Verbraucherschutz und Agrarpolitik sind in ihren Zuständigkeiten nicht auf die nationale Ebene begrenzt, sondern gewinnen auch vor dem Hintergrund der Europapolitik und der Globalisierung zunehmend an Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung.

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Anzahl der Mitglieder: 31

Vorsitzende: Ulrike Höfken, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stellvertretender Vorsitzender:
Manfred Helmut Zöllmer, SPD



Was soll in den Einkaufskorb, was nicht?

In dieser Wahlperiode steht für den Ausschuss das Thema Ernährung ganz oben auf der Tagesordnung. Kriminelle Verkaufsmethoden in der Fleischbranche sorgen immer wieder für Schlagzeilen. Die Politik steht vor der Herausforderung, die gesamte Kette von den Bedingungen der Lebensmittelherstellung in der Landwirtschaft über die Lagerung und den Handel bis zum Endverbraucher langfristig so zu strukturieren, dass Behörden bessere Kontrollmöglichkeiten bekommen und Verbraucher genauer wissen, was in ihrem Einkaufskorb landet.

Auch die kontroverse Diskussion über die Anwendung der gentechnischen Möglichkeiten steht auf der Agenda des Ausschusses. Gentechnisch veränderte (GTV) Lebensmittel werden bislang hierzulande kaum angeboten. Sie müssen als solche deklariert werden, damit der Verbraucher zwischen diesen und nicht veränderten Nahrungsmitteln auswählen kann. Leider kommt es aber immer wieder zu Nachweisen von undeklarierten GTV-Bestandtei-

len in Lebensmitteln wie Reis oder Maisprodukten, beispielsweise in Cornflakes. Auf der anderen Seite wird die Gentechnik in der Medizin überwiegend positiv gesehen, GTV-Futtermittel kommen häufiger zum Einsatz, und die Grüne Gentechnik entwickelt schädlingsresistente, herbizid- und umweltstresstolerante Pflanzen (etwa gegen Kälte und Trockenheit) oder solche, die effektiver nachwachsende Rohstoffe liefern oder pharmazeutische Proteine. In seinen Beratungen über eine Novelle des Gentechnikgesetzes standen Fragen wie der faire Ausgleich der Interessen beim Anbau von GTV-Pflanzen in Nachbarschaft des konventionellen oder biologischen Landbaus im Fokus des Ausschusses.

Mehr Informationsrechte für Verbraucher

Die Arbeit des Ausschusses steht zum einen unter dem Leitbild des Verbraucherschutzes, zum anderen soll sich die Politik für den mündigen Verbraucher einsetzen. Dieser benötigt brauchbare Informationen über Produkte und Dienstleistungen, um

zwischen verschiedenen Angeboten sinnvoll auswählen zu können. Eine wichtige Etappe, um dies zu erreichen, ist das Verbraucherinformationsgesetz. Es sieht vor, Verbrauchern Zugang zu den bei den Behörden vorhandenen Informationen über Lebensmittel und Futtermittel sowie über Wein zu gewähren.

Der Ausschuss hat einen Monat vor der Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag am 5. Juli 2007 in einer Anhörung das Für und Wider des Gesetzentwurfs ausgelotet. Hierbei stellte sich heraus, dass zwar viele Experten und Verbände den Fortschritt sehen, der in der Stärkung der Rechte der Verbraucher liegt. Vielen gehen aber die neuen Regelungen nicht weit genug. So würden die Dienstleistungen ausgespart und die Unternehmen könnten Informationen über ihre Produkte unter Berufung auf das Betriebsgeheimnis beliebig zurückhalten.

Das Gesetz ist inzwischen in Kraft getreten. Ob sich in der Praxis die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung ergibt, wird der Ausschuss aufmerksam verfolgen.

Trend zur Übergewichtigkeit

Der Blick über den eigenen Tellerrand ist nötig, um bestimmte Probleme angemessen einzuschätzen. Dies bewies der Ausschuss erneut, als er sich dem zunehmenden Problem der Übergewichtigkeit, insbesondere von Heranwachsenden, widmete. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht für Europa bereits von einer Epidemie. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Übergewichtigen verdreifacht. Die WHO geht davon aus, dass bis zum Jahr 2010 etwa 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung und zehn Prozent der Kinder und Jugendlichen in Europa unter krankhafter Übergewichtigkeit leiden werden – mit allen damit verbunden gesundheitlichen Risiken wie etwa Diabetes, Herz-Kreislauf-Schäden oder Osteoporose. Beeinträchtigen kann die Übergewichtigkeit aber auch den Schulerfolg.

Die Gründe für den Trend zur Fettleibigkeit liegen zum einen in einer ungesunden Ernährung sowie in Essgewohnheiten und Nahrungsangeboten, die nicht zu den Lebensumständen passen; so werden von breiten Bevölkerungsgruppen Kalorienmengen konsumiert, die in dieser Höhe nicht vom Körper verbraucht werden können. Zum anderen geht mit der modernen Lebensweise häufig Bewegungsmangel einher. Das liegt nicht nur daran, dass viele Kinder und Jugendliche sich in ihrer Freizeit zu wenig bewegen. Sie haben auch in und außerhalb der Schule zu wenige Möglichkeiten, sich »auszutoben«.

Im Juni 2007 verschaffte sich der Ausschuss durch die Anhörung von Experten ein umfassendes Bild über den Problembereich und die Möglichkeiten der Politik, Heranwachsende vermehrt zu einem eigenverantwortlichen Umgang mit Ernährung und Bewegung zu befähigen – durch verstärkte Aufklärungsmaßnahmen einerseits und konkrete Hilfsangebote andererseits.

Landwirtschaft mit Zukunft

Immer wieder muss der Ausschuss auf neue Entwicklungen im Agrarsektor mit seinen vier Millionen Beschäftigten eingehen, beispielsweise bei der Milchproduktion. In einer Anhörung ging der Ausschuss im September 2007 der Frage nach, ob und wenn ja, wie die bis 2015 gültige Milchquotenregelung weitergeführt werden soll. Unumstritten ist, dass die Landwirte in dieser Frage möglichst frühzeitig Planungssicherheit brauchen.

Ein anderer bedeutsamer und zukunftssträchtiger Agrarbereich ist die Erzeugung von pflanzlichen Rohstoffen, einerseits für die Weiterverarbeitung (etwa zu Baudämmstoffen, Farben oder Kosmetika), andererseits als Energierohstoff (etwa Bioäthanol, Biodiesel aus Raps). Auch Biogas ist eine zukunfts-trächtige Energieform. Gerade als »Energiewirt« wird der Landwirt vor dem Hintergrund steigender Preise für endliche fossile Energien zunehmend gefragt sein. Als Lieferant nachwachsender Energierohstoffe eröffnen sich ihm neue Erwerbsmöglichkeiten, zudem



1 Nicole Maisch,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Politikwissenschaftlerin
Geb. am 20. April 1981
in Hanau; verheiratet.
Partei-Eintritt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN 2003,
Landesvors.
Grüne Jugend Hessen,
MdB seit 2007.

2 Cornelia Behm,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Obfrau

Diplom-Agraringenieurin
Geb. am 20. September
1951 in Kleinmachnow;
evangelisch; verheiratet,
zwei erwachsene Kinder.
Mitglied Eurosolar, FSC-
Arbeitsgruppe Deutsch-
land, Partei-Eintritt
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1993, MdB seit 2002.

3 Dr. Christel
Happach-Kasan, FDP

Biologin
Geb. am 4. Januar 1950
in Berlin; evangelisch;
verheiratet, ein Kind.
Landesvors. Schutzge-
meinschaft Deutscher
Wald Schleswig-Hol-
stein, FDP-Eintritt 1970,
Vors. FDP-Kreisverband
Herzogtum Lauenburg,
Mitglied FDP-Landes-
vorstand Schleswig-Hol-
stein, MdB seit 2002.

4 Hans-Michael
Goldmann, FDP
Obmann

Tierarzt
Geb. am 1. Juli 1946 in
Hildesheim; katholisch;
verheiratet, drei Kinder.
FDP-Eintritt 1986,
Ortsbürgermeister von
Aschendorf/Ems, Ratsher-
der Stadt Papenburg,
Sprecher der FDP-Frak-
tion für Ernährung und
Landwirtschaft.
MdB seit 1998.

5 Dr. Edmund Peter
Geisen, FDP

Landwirtschafts-
direktor a. D.
Geb. am 5. März 1949
in Lützkampen.
Mitglied im VDL
(Berufsverband Agrar,
Ernährung und Umwelt),
FDP-Eintritt 1990, Stadt-
rat und Mitglied Kreistag
in Daun, Mitglied des
Landtags Rheinland-
Pfalz, MdB seit 2005.

6 Marlene Mortler,
CDU/CSU

Hauswirtschaftsmeisterin
Geb. am 16. Oktober 1955
in Lauf a. d. Pegnitz;
evangelisch; verheiratet,
drei Kinder. Stellvertr.
Vors. der Landfrauen
in Bayern, Mitglied des
Präsidiums der BBV,
Kreisrätin im Nürnberger
Land, Vors. Ausschuss
für Tourismus. MdB seit
2002.

7 Franz-Josef
Holzenkamp, CDU/CSU

Industriekaufmann,
Landwirtschaftsmeister
Geb. am 8. Januar 1960
in Altenoythe; römisch-
katholisch; verheiratet,
vier Kinder. Vizepräs.
des Niedersächsischen
Landvolks, Kreislandwirt
Landkreis Cloppenburg,
CDU-Eintritt 1996, MdB
seit 2005.

8 Dr. Peter Jahr,
CDU/CSU

Diplom-Landwirt
Geb. am 24. April 1959 in
Burgstädt; evangelisch-
lutherisch; verheiratet,
vier Kinder. CDU-Eintritt
1990, Vors. CDU-Kreis-
verband Mittweida,
Stadtrat von Lunzenau
und Kreisrat im Landkreis
Mittweida, MdB seit
2002.



9

10

11

12

13

14

15

16

17

9 Dr. Max Lehmer,
CDU/CSU

Diplom-Agraringenieur
Geb. am 6. November
1946 in Aichach; römisch-
katholisch; verheiratet,
fünf Kinder. CDU-Eintritt
1970, Mitglied Gemein-
derat Neuching, MdB seit
2005.

10 Kurt Segner,
CDU/CSU

Elektroinstallateur,
Geschäftsführer
Geb. am 24. November
1946 in Hardheim;
katholisch; ledig. CDU-
Eintritt 1973, CDU-Ortsver-
bandsvors. in Hundheim,
Mitglied Kreistag 1989–94
und seit 1999, Mitglied
im Parlamentskreis
Mittelstand der CDU/CSU-
Fraktion. MdB seit 2002.

**11 Dr. Hans-Heinrich
Jordan,** CDU/CSU

Diplom-Agraringenieur
Geb. am 26. September
1948 in Jübar; evange-
lisch; verheiratet, zwei
Kinder. Sozialdezernent
und stellvertr. Landrat im
Altmarkkreis Salzwedel,
CDU-Eintritt 1993, Kreis-
vors. des Altmarkkreises
Salzwedel, MdB seit 2005.

12 Uda Heller, CDU/CSU

Diplom-Ingenieurin für
Lebensmitteltechnologie
Geb. am 15. Juni 1951 in
Großengottern; evange-
lisch; verheiratet,
zwei erwachsene Söhne.
CDU-Eintritt 1987 Kreis-
verband Sangerhausen,
Vors. Kreistag Sangerhau-
sen, Vors. CDU-Landes-
gruppe Sachsen-Anhalt.
MdB seit 2002.

13 Johannes Röring,
CDU/CSU

Selbstständiger Landwirt
Geb. am 16. Mai 1959 in
Vreden; römisch-katho-
lisch; verheiratet, vier
Kinder. Vors. Landwirt-
schaftlicher Kreisverband
Borken, Beirat für Wifö
Kreis Borken, CDU-Eintritt
1986, Mitglied Agrarau-
sschuss CDU Kreis Borken,
MdB seit 2005.

14 Julia Klöckner,
CDU/CSU

Chefredakteurin,
Theologin, Politologin
Geb. am 16.12.1972 in
Bad Kreuznach;
römisch-katholisch.
CDU-Eintritt 1996, Beauf-
tragte Verbraucherpolitik
der CDU/CSU-Bundestags-
fraktion, Mitglied Parl.
Beirat für nachhaltige
Entwicklung. MdB seit
2002.

**15 Volkmar Uwe
Vogel,** CDU/CSU

Technischer
Geschäftsleiter
Geb. am 18. Januar 1959
in Gera; evangelisch;
verheiratet, zwei Töchter.
CDU-Eintritt 1981
Ost-Thüringen, Vors.
CDU-Kreisverband Greiz,
1990 bis 1999 und seit
2004 Kreistagsmitglied.
MdB seit 2002.

16 Peter Bleser,
CDU/CSU
Obmann

Landwirtschaftsmeister
Geb. am 23. Juli 1952 in
Brachtendorf; römisch-
katholisch; verheiratet,
drei Kinder.
CDU-Eintritt 1970,
Vors. CDU-Kreisverband
Cochem-Zell, Vors. AG Ver-
braucherschutz, Ernäh-
rung und Landwirtschaft
der CDU/CSU-Fraktion.
MdB seit 1990.



17 Ulrike Höfken,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN,
Vorsitzende

Diplom-Agraringenieurin
Geb. am 14. Mai 1955 in
Düsseldorf; katholisch;
verheiratet, drei Töchter.
Partei-Eintritt DIE GRÜNEN
1989, Vors. Kreisverband
Bitburg-Prüm, verbraucher-
und agrarpolitische
Sprecherin der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
MdB seit 1994.

18 Reinhild Schornack
Leiterin des
Ausschussesekretariats

19 Viola Gradisar
Büroleiterin im
Ausschussesekretariat

20 Beate Hess-Heuel
Referentin im
Ausschussesekretariat

21 Waltraud Wolff
(Wolmirstedt), SPD
Obfrau

Schulleiterin
Geb. am 15. März 1956 in
Weißandt-Gölsau; evangelisch;
vier Kinder.
SPD-Eintritt 1991, Vors.
Kreisverband Ohrekreis,
Stadträtin in Wolmirstedt,
Sprecherin für Verbraucher-
schutz, Ernährung
und Landwirtschaft der
SPD-Fraktion, MdB seit
1998.

22 Elvira Drobinski-
Weiss, SPD

Diplom-Pädagogin,
Rektorin
Geb. am 26. Juni 1951 in
Norderney; katholisch;
verheiratet. Mitglied
AWO, SPD-Eintritt 1976,
Kreisvors. in Offen-
burg/Ortenau, Mitglied
SPD-Landesvorstands Ba-
den-Württemberg, Vors.
Migrationsbeirat der SPD
Baden-Württemberg,
MdB seit 2004.

23 Mechthild Rawert,
SPD

Diplom-Pädagogin
Geb. am 3. November
1957 in Coesfeld;
katholisch; ledig.
Mitglied ver.di, Landes-
frauenrat Berlin e. V.,
SPD-Eintritt 1987, Landes-
vors. AG sozialdemokra-
tischer Frauen Berlin,
MdB seit 2005.

24 Marianne Schieder,
SPD

Juristin
Geboren am 23. Mai 1962
in Schwarzberg; römisch-
katholisch. Mitglied
ver.di, Katholischer
Frauenbund, AWO,
SPD-Eintritt 1990,
Ortsvereinsvorsitzende
in Wernberg-Köblitz,
SPD-Kreisvorsitzende im
Landkreis Schwandorf,
Kreisrätin im Landkreis
Schwandorf, MdB seit
2005.

25 Gustav Herzog, SPD

Chemielaborant
Geb. am 11. Oktober
1958 in Harxheim;
evangelisch; verheiratet,
zwei Kinder. DGB-Mit-
glied, SPD-Eintritt 1975,
Gründungsmitglied des
Ortsvereins Zellertal,
Unterbezirksvors. SPD
Donnersberg, seit 1984
Gemeinderat in Zellertal,
MdB seit 1998.

26 Dr. Marlies
Volkmer, SPD

Ärztin
Geb. am 21. August 1947
in Bautzen; konfessi-
onslos; verheiratet, zwei
Kinder. Mitglied AWO, ASB
und Beirat Paritätischer
Wohlfahrtsverbandes
Sachsen, Vors. »Kinder
Ost sehen Europa e. V.«,
SPD-Eintritt 1990, Mit-
glied SPD-Landesvorstand
Sachsen, MdB seit 2002.



27 Dr. Gerhard Botz, SPD

Agrarwissenschaftler, Diplom-Meliorationsingenieur
Geb. am 15. September 1955 in Rudolstadt; konfessionslos; verheiratet, zwei Kinder. Mitglied AWO, SPD-Eintritt 1989, Mitglied SPD-Landesvorstands Thüringen, MdB Oktober bis Dezember 1990 und seit 2005.

28 Manfred Helmut Zöllmer, SPD stellvertretender Vorsitzender

Stellvertr. Schulleiter
Geb. am 29. August 1950 in Bülkau; nichteheliche Lebensgemeinschaft. Mitglied der GEW, AWO, SPD-Eintritt 1972, Elberfeld-Nordstadt, Vorstand des SPD-Unterbezirks Wuppertal, MdB seit 2002.

29 Volker Blumentritt, SPD

Koch
Geb. am 16. Juni 1946 in Jena. Mitglied ver.di, SPD-Eintritt 1997, Vors. SPD-Ortsvereins Jena-Lobeda, Mitglied SPD-Landesparteirat Thüringen, Forum Ost der SPD. Ortsbürgermeister des Stadtteils Jena-Lobeda, Mitglied des Stadtrats Jena, MdB seit 2005.

30 Holger Ortel, SPD

Angestellter
Geb. am 10. Januar 1951 in Nordenham. Mitglied ver.di, AWO, Landvolk Niedersachsen, Mitglied Parl. Beirat des Bundesverbands Erneuerbare Energien, SPD-Eintritt 1971, Vors. SPD-Unterbezirk Delmenhorst, Vors. SPD-Landesgruppe Niedersachsen, MdB seit 1998.

31 Dr. Wilhelm Priesmeier, SPD

Tierarzt
Geb. am 25. Juli 1954 in Rahden; evangelisch-lutherisch; verheiratet, vier Kinder. SPD-Eintritt 1970 Unterbezirk Lübbecke, Tierschutzbeauftragter und stellvertr. agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, MdB seit 2002.

32 Alexander Ulrich, DIE LINKE

Gewerkschaftssekretär
Geb. am 11. Februar 1971 in Kusel; evangelisch; verheiratet, zwei Kinder. Mitglied IG Metall, 2004 Gründungsmitglied der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), Landesvors. WASG Rheinland-Pfalz, MdB seit 2005.

33 Dr. Kirsten Tackmann, DIE LINKE Obfrau

Veterinärmedizinerin, Chemielaborantin
Geb. am 24. September 1960 in Schmalkalden; verheiratet. Mitglied ver.di, seit 2003 Mitglied im PDS/Linkspartei, PDS-Landesvorstand Brandenburg, MdB seit 2005.

34 Karin Binder, DIE LINKE

Handelsfachwirtin, Gewerkschaftssekretärin
Geb. am 28. August 1957 in Stuttgart; konfessionslos; Lebensgemeinschaft, zwei Söhne. Mitglied ver.di, seit 2005 Mitglied Linkspartei und WASG, Sprecherin für Verbraucherpolitik Fraktion DIE LINKE, MdB seit 2005.



Vertreter des Bundes der Deutschen Landjugend überreichen der Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses Ulrike Höfken, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine Erntekrone.

wachsen – angesichts sinkender EU-Subventionen – auch Zukunftschancen für den ländlichen Raum insgesamt. Der Ausschuss unterstützt diese Entwicklung, achtet aber zugleich darauf, dass der Umwelt- und Landschaftsschutz sowie die Ernährungssicherung dabei nicht zu kurz kommen.

EU-Agrarreform zum Vorteil aller realisieren

Lange war die Landwirtschaft ein Sorgenkind der EU und entsprechend auch des Ausschusses. Seit der Agrarreform 2003 scheint sich die Lage aber zu bessern: So sollte durch die Entkopplung der Prämien von den einzelnen landwirtschaftlichen Produkten die Möglichkeit der Landwirte gestärkt werden, nach eigenem Ermessen auf Marktsignale zu reagieren. Gleichzeitig ist es das Ziel der Reform, die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu stärken. Im Jahr 2008 steht der sogenannte »Gesundheitscheck« der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) an. Im Rahmen dieser »Gesundheitsprüfung« sollen Stärken und Schwächen der Agrarreform aufgezeigt und Anpassungen vorgenommen werden – ein Prozess, der vom Ausschuss kritisch und intensiv begleitet wird.

Überfischung der Meere stoppen

Ein Beispiel für das zunehmende Gewicht europäischer und internationaler Themen im Ausschuss ist die Meeresfischerei. Immer wieder muss sich der Ausschuss mit diesem Themengebiet befassen, denn die Fischpopulationen leiden vor allem unter Überfischung, illegalem Fischfang und verschwenderischen Fangmethoden. So wird durch ungeeignete, engmaschige Netze zu viel Beifang an Bord gehievt, etwa junge Fische, die größtenteils verenden, selbst wenn sie ins Meer zurückgeworfen werden. Die Reform der europäischen Gemeinsamen Fischereipolitik ist seit Anfang 2003 in Kraft und hat den Fischfang in den europäischen Meeren u. a. durch bilaterale Fischereiabkommen von europäischen Ländern mit Drittländern im Sinne einer nachhaltig wirtschaftlichen, aber eben deshalb auch bestandschonenden »Seeernte« geregelt. Nach wie vor besteht immer wieder neuer konkreter Handlungsbedarf. So wurde dem Ausschuss ein Verordnungsvorschlag des Rates zur Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei zugeleitet.

Traditionelle Aufgaben stetig erweitert

In den vergangenen Jahren hat sich das Aufgabenspektrum des Ausschusses über die traditionellen Themen der Agrarpolitik hinaus deutlich erweitert. So sind die Eckpfeiler der Landwirtschaftspolitik von den europäischen Institutionen stärker vorgegeben als in jedem anderen Teilbereich der Bundespolitik. Für den ehemaligen Agrarausschuss machte sich das in einer stetigen Zunahme des Arbeitsvolumens zugunsten der EU-Vorlagen bemerkbar. Denn jährlich muss eine Vielzahl von EU-Richtlinien und -Verordnungen auf dem Landwirtschaftssektor in bundesdeutsches Recht umgesetzt werden. Um die Vorschläge, die die Bundesregierung in die Entscheidungen der EU-Gremien einbringt, frühzeitig überprüfen und bei Bedarf mit Korrekturvorschlägen versehen zu können, kann der Ausschuss im Rahmen seines allgemeinen Informationsrechts von der Bundesregierung auch zu aktuellen Entscheidungsvorgängen der EU mündliche oder schriftliche Berichte anfordern. Auch das

Thema »Welternährung« nimmt spätestens seit der 14. Wahlperiode an Bedeutung zu. An der jährlich stattfindenden Welternährungskonferenz nehmen Mitglieder des Ausschusses teil und beteiligen sich an weltweiten Problemanalysen und Lösungsmöglichkeiten.

Zu Beginn des Jahres 2001 erweiterte sich die Zuständigkeit des Ausschusses um Fragen des Verbraucherschutzes, die über ernährungsbezogene Themen hinausgingen und beispielsweise jetzt auch Fahrgastrechte bei der Bahn, Passagierrechte im Luftverkehr und andere Dienstleistungen umfassen. Damit stieg die Zahl der Ausschussmitglieder von damals 26 auf 31. Vor allem bei der Bewältigung der BSE-Krise hat sich die Verbindung von Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu einem Politikbereich bewährt und ist heute in der Politik allgemein akzeptiert.

In diesem Sinne erweiterte sich auch die Berichtspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Aus-

schuss. Dazu gehört jetzt neben dem Agrarbericht, dem Waldzustandsbericht, dem Tierschutzbericht, dem Bericht zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes sowie dem Bericht über die Anwendung des Gentechnikgesetzes auch ein Bericht über den Schutz der Gesundheit sowie der rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Als Beispiel für die positive Auswirkung der Querschnittspolitik des Ausschusses kann auch der Siegeszug der Bio-Lebensmittel gesehen werden, der unter anderem durch die Förderung des ökologischen Landbaus und die Einführung des Biosiegels in der 15. Wahlperiode stimuliert wurde.

Unter dem Stichwort »Tierschutz« beriet der Ausschuss unter anderem über eine artgerechte Haltung von Legehennen, über die Reduzierung des Transportstresses von Schlachttieren und über Antibiotika-Resistenzen beim Einsatz von Tierarzneimitteln.

Ausschüsse im Deutschen Bundestag

Im Deutschen Bundestag werden Entscheidungen über zum Teil sehr komplexe und strittige Gesetzesvorhaben und über parlamentarische Initiativen aus allen Politikbereichen getroffen. Ausschüsse spielen eine zentrale Rolle in der parlamentarischen Beratung, denn hier ringen die Abgeordneten um Kompromisse und ziehen Sachverständige hinzu, ehe sie ihre Berichte und Beschlussempfehlungen für die Bundestagsabstimmungen abgeben. In ihren politischen Fachgebieten spiegeln die meisten der insgesamt 22 Ausschüsse die Aufgabenverteilung der einzelnen Ministerien der Bundesregierung wider. So können sie ihrer Aufgabe gerecht werden, die Regierung zu kontrollieren. Zu ihnen gehört auch der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dessen Aufgaben sich weitgehend mit den Zuständigkeiten des gleichnamigen Bundesministeriums decken. Andere Ausschüsse sind dagegen im Deutschen Bundestag mit eigenen Aufgaben von besonderer Bedeutung betraut.

www.bundestag.de/ausschuesse/index.html

Weitere Informationen im Internet unter:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

www.bundestag.de/ausschuesse/a10/index.html

Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

www.bmelv.de

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

www.bvl.bund.de

Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen (Julius Kühn-Institut)

www.bba.bund.de

Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel (Max Rubner-Institut)

www.mri.bund.de

Friedrich-Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit (FLI)

www.fli.bund.de

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

www.bfr.bund.de

Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei

(Johann Heinrich von Thünen-Institut)

www.vti.bund.de

Das Ausschussekretariat erreichen Sie unter:

Telefon: +49 30 22732580

E-Mail: elv-ausschuss@bundestag.de

